

BUNDESKONFERENZ DER VOLKSHILFE ÖSTERREICH, 10. MAI 2023

RESOLUTION

ÜBER REICHTUM

Umgekehrte Verhältnisse

Wer erbt, hat keine Leistung erbracht, aber dennoch oft die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und ein bequemes Leben zu führen. Working Poor haben trotz Arbeit am Ende des Tages zu wenig zum Leben – geschweige denn ausreichend Zeit und Lobby, um gegen jene Verhältnisse anzukämpfen, die sie diffamieren und zurücklassen. Dennoch wird Armutsbetroffenen grundsätzlich Faulheit zugeschrieben, während Reichtum als erstrebenswert gilt.

Anstieg von Vermögen und Armut

Im Zuge der aktuellen Krisen erleben wir die größte Zunahme der weltweiten Ungleichheit und Armut seit dem Zweiten Weltkrieg. Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie Lebensmittel und Energie bezahlen sollen, erfreuen sich Milliardär*innen über immense Vermögenszuwächse. Seit 2020 gingen 63% der gesamten Vermögenszuwächse in Höhe von 42 Billionen US-Dollar an das reichste ein Prozent der Weltbevölkerung, während 99 Prozent sich den Rest teilen müssen. Die reichsten 10% der Weltbevölkerung verfügen über 76% des gesamten Vermögens. Im Gegensatz dazu besitzt die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung mit nur 2% des Gesamtvermögens kaum Vermögen. Etwa jeder zehnte Mensch auf der Erde hungert. Insbesondere Frauen und Mädchen sind betroffen, sie machen fast 60 Prozent der hungernden Weltbevölkerung aus. Auch in Österreich sind Vermögen extrem ungleich verteilt. Nur 1% der Bevölkerung besitzt knapp 40% des gesamten Privatvermögens.

Ursachen verschärfender Ungleichheit

Seit den 80er Jahren werden die Volkswirtschaften immer reicher, die Regierungen jedoch immer ärmer. Der Vermögensanteil öffentlicher Institutionen ist in wohlhabenden Ländern nahe null oder sogar negativ. Dies bedeutet, dass das gesamte Vermögen in privater Hand liegt. Das geringe Vermögen von Regierungen wirkt sich negativ auf die staatlichen Kapazitäten zur Verringerung von Ungleichheit sowie die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie die Klimakrise, aus. Die tiefere Ursache der verschärfenden Ungleichheit liegen in unserem Wirtschaftssystem, dessen handlungsleitendes Prinzip es ist, Mehrwert bzw. Profit auf dem Rücken von Menschen und Natur zu schaffen, um

im Wettbewerbssystem zu bestehen. Die multiplen Krisen verstärken nun dieses Prinzip und die Bundesregierung ergreift derzeit keine wirkungsvollen Maßnahmen, um mit ihm zu brechen. Vermögensungleichheit nimmt in Österreich weiter zu, weil Vermögen und Erbschaften wenig bis gar nicht besteuert werden. Die Regierung steht jedoch in der Verantwortung, die extreme Ungleichheit zu beseitigen und die Weichen hin zu einem Wirtschaftssystem zu stellen, in welchem das Gemeinwohl aller innerhalb planetarer Grenzen über dem Profit einiger Weniger steht.

Reichtum schadet Mensch, Natur und Demokratie

Die Nachteile der Vermögenskonzentration liegen in exklusiven Privilegien der Reichen und den damit verbundenen Gefahren für die Demokratie, den sozialen Zusammenhalt und das Klima. Extremer Reichtum impliziert ein Übermaß an politischen Einflussmöglichkeiten, mittels Wahlkampfunterstützung, Parteienfinanzierung, über Lobbying, diskursive Hegemonie und vielfältige Distinktionsmechanismen im Alltag. Die Politik der Vermögenskonzentration veranlasst Unternehmenssteuersenkungen, Privatisierungen oder duldet Steueroasen und aufgrund des aufwändigen Lebensstils enorme Klimaschäden.

Veränderung ist möglich

Die Volkshilfe begnügt sich nicht mit der – notwendigen – Bekämpfung von Symptomen. Als zivilgesellschaftliche Organisation fordert die Volkshilfe gemeinsam mit anderen progressiven Gruppen und Betroffenen Veränderungen ein und agiert als Sprachrohr für jene Gruppen der Gesellschaft, die nicht gehört werden. Die Volkshilfe steht für solidarisches Handeln.

- **Gerechte Verteilung von Gütern und Ressourcen:** Um das Ausmaß der Ungleichverteilung ersichtlich zu machen, müssen regelmäßige Erhebungen von Daten zur Vermögensverteilung in Österreich sowie jährliche Armutsberichte institutionalisiert werden. Gleichzeitig muss die Schere zwischen Arm und Reich abgebaut werden. Daher setzen wir uns für die Einführung von **Erbschafts- und Schenkungssteuern** sowie für die Einführung einer **Vermögenssteuer** ein.
- **Soziale Sicherheit ist ein Muss.** Eine flächendeckende soziale Absicherung für alle vermeidet Armut und soziale Ausgrenzung. Effektive Soforthilfe muss für betroffene Menschen gewährleistet sein. Die Richtsätze für Mindestsicherung bzw. Ausgleichszulage und Notstandshilfe müssen sich daher an der Armutsgefährdungsschwelle orientieren.

Die Bundeskonferenz der Volkshilfe Österreich beschließt die Annahme der Resolution „Über Reichtum“.